



K O P I E

AOK Postfach 10 13 42 40004 Düsseldorf

AOK Rheinland/Hamburg  
Die Gesundheitskasse

Bundesversicherungsamt  
Frau Dr. Sylvia Demme  
Friedrich-Ebert-Allee 38  
53113 Bonn

Vorsitzender des Vorstandes

Kasernenstraße 61  
40213 Düsseldorf  
Telefon: (0211) 87 91 – 0  
Telefax: (0211) 87 91 – 11 45  
E-Mail: Guenter.Waeltermann@rh.aok.de  
Zeichen: I  
Datum  
20.07.2015

Durchwahl  
(0211) 87 91 – 11 01

**Stellungnahme zum Entwurf des Bundesversicherungsamtes vom 10.07.2015 zur Festlegung nach § 31 Abs. 4 RSAV für das Ausgleichsjahr 2016; Kürzung von Zuweisungen für Auslandsversicherte**

Sehr geehrte Frau Dr. Demme,

wir beziehen uns auf den am 10.07.2015 über den GKV-Spitzenverband übermittelten Entwurf des BVA vom 10.07.2015 zur Festlegung nach § 31 Abs. 4 RSAV für das Ausgleichsjahr 2016.

Ergänzend zu unseren Stellungnahmen vom 03.09.2014, vom 19.09.2014, vom 22.09.2014 und vom 30.09.2014 weisen wir erneut darauf hin, dass das durch das BVA beabsichtigte Vorgehen zur Begrenzung der Zuweisungen für Auslandsversicherte betreffend die Einbeziehung der Grundpauschale nach § 36 RSAV in die Zuweisungsbegrenzung auch bezogen auf das Ausgleichsjahr 2016 gegen die Vorgaben der RSAV in der Fassung des GKV-FQWG verstößt.

§ 41 Abs. 1 Satz 2 RSAV in der Fassung des GKV-FQWG stellt nach seinem Wortlaut eindeutig und ausschließlich auf die **Zuschläge** nach § 31 Abs. 5 Satz 1 RSAV und somit gerade nicht auf die Grundpauschale nach § 36 RSAV ab. Dieser eindeutige Wortlaut lässt die vom BVA vorgenommene Interpretation der Vorschrift nicht zu.

AOK-Clarimedis ServiceCenter: 0800 0 326 326 - 24-Stunden-Service - [www.aok.de/rh](http://www.aok.de/rh)

Öffnungszeiten:  
Montag bis Freitag 08:00 bis 18:00 Uhr  
Institutionskennzeichen 104212505

Bankverbindungen:  
SEB AG Düsseldorf  
BIC ESSEDE5F300  
IBAN DE62300101111000320200

Commerzbank AG Düsseldorf  
BIC COBADEFFXXX  
IBAN DE24300400000180384000

Datum 20.07.2015

Blatt 2

Sofern das BVA die Festlegungen gemäß § 31 Abs. 4 RSAV für das Ausgleichsjahr 2016 i. V. m. den Verfahrensbestimmungen nach § 39 Abs. 3 Satz 6 und § 41 Abs. 5 Satz 2 RSAV dennoch wie beabsichtigt trifft, verstößt dies gegen geltendes Recht. Ein solcher Rechtsverstoß kann auch nicht dadurch legitimiert werden, dass der Gesetzgeber nach Einschätzung des BVA möglicherweise ein anderes Ziel vor Augen hatte. Der Begründung zum Gesetzentwurf des GKV-FQWG kommt keine normative Bedeutung zu. Maßgeblich ist, was Gesetz geworden ist.

Zur weiteren rechtlichen Begründung verweisen wir auf die beim Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen am 09.12.2014 erhobene Klage gegen den Jahresschlussausgleichsbescheid 2013 des BVA vom 14.11.2014 (L 5 KR 745/14 KL) und die in diesem Verfahren beim Landessozialgericht eingereichten Schriftsätze vom 09.12.2014 und 01.06.2015.

Sollten Sie weitere Informationen benötigen, steht Ihnen Herr Andreas Döllz (Telefon: 0211-8791-1274, E-Mail: [andreas.doellz@rh.aok.de](mailto:andreas.doellz@rh.aok.de)) selbstverständlich zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Günter Wältermann  
Vorsitzender des Vorstandes